



Energieförderprogramme als Konjunkturstütze

Der Bund spricht kurzfristig zusätzliche Gelder für Energieförderprogramme und will ein längerfristiges Gebäudesanierungsprogramm lancieren.

Im Dezember 2008 hat das Parlament das Budget für Fördermassnahmen im Bereich der Energie- und Abwärmenutzung für 2009 von 14 auf 100 Millionen erhöht. Die Kreditaufstockung soll nach dem Willen von Bundesrat und Parlament eine schnelle Wirkung auf die Konjunktur entfalten. Deshalb sollen die Gelder vor allem in bestehenden Strukturen und für rasch umsetzbare Massnahmen verwendet werden.

Zuständig für Massnahmen, die den Energieverbrauch in Gebäuden betreffen, sind gemäss Bundesverfassung die Kantone. Maximal 80 Millionen des aufgestockten Kredits für 2009 werden darum als Globalbeiträge an die Kantone ausbezahlt. Voraussetzungen für die Auszahlung der Globalbeiträge sind allerdings eine kantonale Rechtsgrundlage sowie ein Förderprogramm, für das der Kanton eigene Mittel in mindestens der Höhe des Globalbeitrags des Bundes bereitstellen muss.

Bei der Ausgestaltung ihrer Förderprogramme bleiben die Kantone wie bisher frei. Sie sollen aber motiviert werden, die zusätzlichen Mittel primär für energetische Gebäudesanierungen zu verwenden.

Bis zu 18 Millionen werden für ein Sensibilisierungsprogramm für Gebäudebesitzer bereitgestellt. Maximal 2 Millionen Franken sollen schliesslich für den Aufbau eines nationalen Gebäudesanierungsprogramms ab 2010 verwendet werden.

Die einmalige Kreditaufstockung von 14 auf 100 Millionen soll nach dem Willen des Parlaments der Start zu einem längerfristigen Gebäudesanierungsprogramm sein. Die Kantone ihrerseits wollen ein Programm von mindestens 8 bis 10 Jahren Dauer unter ihrer Federführung. Derzeit arbeiten sie daran, die mögliche Organisation, die Kriterien und die Fördersätze zu erarbeiten. Bis Ende 2009 wollen die Kantone startbereit sein. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK von Bundesrat Leuenberger treibt die Vorbereitungsarbeiten für ein nationales Gebäude-sanierungsprogramm in Zusammenarbeit mit den Kantonen weiter voran. Zur Finanzierungsfrage wird sich der Bund im Rahmen der Botschaft zum neuen CO₂-Gesetz definitiv festlegen.

Quelle: Bundesamt für Energie

Liebe Kundin, lieber Kunde

Im Sorgenbarometer der Schweizer und Schweizerinnen hat die Arbeitslosigkeit die Klimafrage vom Spitzenplatz verdrängt. Auf den gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimaproblem muss sich dies jedoch nicht zwingend negativ auswirken.

Die Konjunkturkrise und der Klimawandel haben gemeinsame Wurzeln. Jede Strategie zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise wird verpuffen, wenn sie nicht auf nachhaltige Entwicklung setzt und die Chance auf einen Umbau in eine ressourcenleichte Wirtschaftsweise nutzt.

Der grösste einzelne Teil des amerikanischen Konjunkturprogramms wird für den Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur eingesetzt. Ein intelligentes Energienetz soll die Sonnenenergie aus dem Süden und die Windenergie aus den Rocky Mountains in die Hauptstädte leiten – mit elektrischen Autos als Zwischenspeichern und Nutzern.

Wenn Ressourcen künftig effizienter genutzt werden, stärkt dies die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Auch hierzulande werden mit Konjunkturprogrammen technologische Innovationen vorangetrieben, die mit geringeren Klimaeinwirkungen einhergehen.

Krise als Chance. Wirtschaftlicher Strukturwandel und Klimaschutz können und müssen Hand in Hand gehen. Dann kommen wir alle einen Schritt voran.

Danke für Ihr Engagement

Herzliche Grüsse
Stadtwerk Winterthur

02 Lokal
Beteiligung an Biogas-Pionierprojekt
Klimafonds fördert Kleinbiogasanlage

03 Aktuell
Emissionshandel als Klimaschutzpfeiler

04 Rückseite
Im Gespräch mit ...

STADTWERK
W I N T E R T H U R

Partner von Swisspower



Winterthur beteiligt sich an Biogas-Pionierprojekt

Mit der Beteiligung an der Biorender AG nimmt die Stadt Winterthur ihre ökologische Verantwortung verstärkt wahr. Im Pionierprojekt des Münchwiler Unternehmens werden tierische Nebenprodukte zu Biogas verarbeitet.

«Die Klimapolitik, das innovative Projekt und eine futterfreie Entsorgung von Tierkadavern.» Matthias Gfeller nennt die wichtigsten Gründe für das Engagement der Stadt Winterthur an der Biorender AG in Münchwilen. Der Vorsteher des Departements Technische Betriebe im Winterthurer Stadtrat freut sich über den einstimmigen Beschluss des Gemeinderats, sich mit 3 Millionen Franken am Aktienkapital der Biorender zu beteiligen. «Damit sichert sich Winterthur den Bezug von Biogas, das im Erdgasgeschäft ein wichtiger Erfolgsfaktor ist.» Die Vermarktung und Finanzierung erfolgt durch Stadtwerk Winterthur.

Das Engagement von Stadtwerk Winterthur ist aus vielen Perspektiven sinnvoll. Mit der aktuellen Energiewirtschaftslage nimmt die Nachfrage nach erneuerbarer Energie stetig zu. Dazu kommen die Steigerung der Energieeffizienz und die Reduktion der CO₂-Emissionen als vordringliche politische Ziele.

In der ökologischen Gesamtbeurteilung von Biotreibstoffen aus vergärbaren Abfällen liegt Biogas auf dem Spitzenplatz. Stadtrat Gfeller unterstreicht zusätzlich den internationalen Pioniercharakter der Münchwiler Anlage. «Einzelne Komponenten sind andernorts bereits im Einsatz, doch nur in der Münchwiler Anlage können die kompletten Schlachtabfälle mit Knochen und Blut entsorgt werden.» Viel Know-how und Vertrauen schafft aber auch der gemeinschaftliche Charakter des Projekts. So engagieren sich etwa die Städte St. Gallen und Wil im gleichen Mass wie Winterthur und weitere, regional tätige Gasversorgungsunter-

nehmen sind in geringerem Umfang ebenfalls beteiligt.

Baldiger Spatenstich

Die ungelöste BSE-Problematik sowie ein Verbot der so genannten Schweinesuppe haben zu einem Umdenken bei der Verwertung von Tierabfällen geführt. Matthias Gfeller weist aber auch auf den ökologischen Aspekt hin. Es mache keinen Sinn, Tiermehl aus der Region in die Welt zu transportieren, um es irgendwo, beispielsweise in Lachsfarmen, zu verfüttern. Die errechneten CO₂-Einsparungen für die neue Biogasanlage sind entsprechend massiv.

Die Biorender AG soll aus 30 000 Tonnen Fleischabfällen jährlich 41 Gigawattstunden Biogas produzieren, die ins bestehende Erdgasnetz eingespeist werden. In der gemeinderätlichen Diskussion sicherte Gfeller zu, dass in der Anlage keine landwirtschaftlichen Primärprodukte wie Mais oder Getreide verwendet werden.

Bereits im April dieses Jahres soll der Spatenstich für die Bauarbeiten erfolgen und die Anlage bis im Sommer 2010 fertiggestellt sein. «Wer in Winterthur mit einem Erdgasauto fahren will, kann also bald einen Anteil Biogas aus tierischen Nebenprodukten als Treibstoff beziehen», so Stadtrat Gfeller über eine mögliche künftige Nutzung. Gfeller wird Winterthur auch im Verwaltungsrat der Biorender AG vertreten.

Foto: BiomassEnergie

Klimafonds Stadtwerk Winterthur fördert Kleinbiogasanlage

Gute und geeignete Projekte zu finden, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Das fünfköpfige Entscheidungsgremium des Fonds stellt auf der Basis der Klimafondsrichtlinien hohe Anforderungen an unterstützungswürdige Projekte. So müssen sie in Winterthur oder der Region realisiert werden, mittel- und längerfristig CO₂ reduzieren, eine gewisse Neuheit und Innovation enthalten sowie auf die Unterstützung durch den Klimafonds angewiesen sein.

In der dritten Vergaberunde vom März erfüllte lediglich ein Projekt die Anforderungen des Fonds. Nachdem im letzten September der Klimafonds Stadtwerk Winterthur die Firma SwissEcoSystems GmbH bei der Planung und Projektierung moderner und wirtschaftlicher Kleinbiogasanlagen unterstützt hat, können jetzt bereits konkrete Gespräche mit interessierten Landwirten in der Region Winterthur geführt werden. Kann ein geeigneter Landwirtschaftsbetrieb für den Bau der Pilotanlage gefunden werden, wird dieser Landwirt mit einem Beitrag von CHF 50 000.– durch den Klimafonds unterstützt.

Gleichzeitig wird im Rahmen eines sechsmonatigen Monitorings die zshw den Betrieb der Pilotanlage begleiten und analysieren. Das Monitoring soll die planerischen Ergebnisse bestätigen und allfällige Anpassungen möglich machen. Damit wird die Basis für den Bau weiterer solcher Kleinbiogasanlagen gelegt und der künftige planerische Aufwand klein gehalten. Dieses Monitoring wird mit CHF 30 000.– unterstützt.

Der Klimafonds Stadtwerk Winterthur wurde im Frühling 2007 gegründet und wird durch die Stromkundschaft von Stadtwerk Winterthur mit einem freiwilligen Aufpreis von 2 Rp./kWh verbrauchtem Strom geäufnet. Informationen dazu sind aufgeschaltet auf: www.stadtwerk.winterthur.ch/klimafonds

Blue-Tech 2009

Vom 17.–19. September findet in Winterthur zum zweiten Mal die Blue-Tech, die Veranstaltung für effiziente und erneuerbare Energielösungen, statt.

Emissionshandel als Pfeiler für mehr Klimaschutz

Dank dem Handel mit Emissionsrechten soll in der Schweiz deutlich weniger CO₂ ausgestossen werden. Im Juni 2009 müssen die Unternehmen in der Schweiz erstmals gemäss ihrem effektiven Ausstoss abrechnen.

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um 8 Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu senken. Mehr als 80 Prozent der Treibhausgasemissionen entfallen auf CO₂. Die deutliche Reduktion des Kohlendioxid-ausstosses ist darum ein vordringliches Ziel. Als Anreiz für Unternehmen und Private, sparsamer mit fossilen Energien umzugehen und in klimafreundlichere Energien zu investieren, führte der Bund auf 2008 eine CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe ein.

Unternehmen können eine Befreiung von der Abgabe beantragen. Dazu müssen sie jedoch mit dem Bund eine rechtlich verbindliche Verpflichtung zur Emissionsreduktion abschliessen. Hält das Unternehmen seine Verpflichtung nicht ein, muss es die CO₂-Abgabe samt Zinsen für jede seit der Befreiung ausgestossene Tonne CO₂ nachzahlen.

CO₂-Handel für alle

Die Einführung der CO₂-Abgabe hat zugleich den Handel mit Emissionsrechten lanciert. Im Gegenzug zu ihrer Reduktionsverpflichtung erhielt die Schweiz vom UNO Klimasekretariat Emissionsrechte von rund 48 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Abgabebefreite Unternehmen ihrerseits erhalten vom Bund jedes Jahr kostenlos Emissionsgutschriften im Umfang ihrer Reduktionsverpflichtung. Erreichen sie ihr Reduktionsziel, können sie die verbleibenden Gutschriften verkaufen. Umgekehrt können sie bei Zielverfehlung Gutschriften zukaufen. Für den Handel ist ein Schweizerisches Emissionshandelsregister eingerichtet

worden, das erste derartige Register in Europa. Um sein Reduktionsziel zu erreichen, kann ein Unternehmen auch im Ausland erworbene Emissionsrechte anrechnen lassen. Dies in der Höhe von maximal 8 Prozent seiner Reduktionsverpflichtung.

Kleine und mittlere Betriebe erhalten keine Emissionsrechte zugeteilt, können aber ebenfalls ein Konto im Emissionshandelsregister eröffnen und mit Rechten handeln – ebenso wie Private.

Im Juni 2009 wird erstmals abgerechnet. Die Unternehmen müssen dann Emissionsgutschriften im Umfang ihres effektiven Ausstosses von 2008 zurückgeben oder Emissionsrechte dazukaufen.

Offene Zukunft nach 2012

Der Emissionshandel schafft eine marktwirtschaftliche Basis, um CO₂-Emissionen dort zu reduzieren, wo es am kostengünstigsten ist. Ökologisch wirksames Handeln wird damit nach wirtschaftlichen Kriterien umgesetzt. Das Instrument des Emissionshandels gibt den Unternehmen mehr Flexibilität beim Erreichen ihrer Ziele und senkt gesamthaft

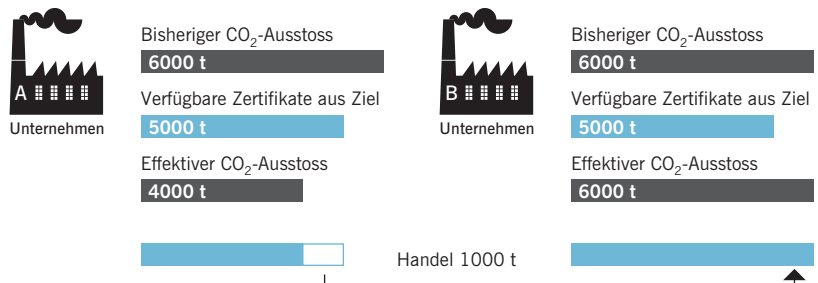
die Kosten für alle Unternehmen, welche im System eingebunden sind.

Im Jahr 2008 waren in der Schweiz die Rechte für die Emission von 2,65 Millionen Tonnen Kohlendioxid unter rund 250 Schweizer Unternehmen verteilt. Dies entspricht rund 5 Prozent der jährlich in der Schweiz emittierten Menge CO₂.

In der EU existiert ein ähnlich funktionierender Emissionshandel bereits seit 2005. Er umfasst rund 12 000 Unternehmen und reguliert 46 Prozent der CO₂-Emissionen. Entsprechend dynamisch ist der daraus entstandene Markt. Die Schweiz könnte sich diesem Markt anschliessen. Noch ist aber offen, wie die nationale und internationale Klimapolitik nach Ablauf des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 weitergestaltet wird.

Mit den bisher in der Schweiz vereinbarten Reduktionsverpflichtungen werden die CO₂-Emissionen bis 2010 im Vergleich zum Jahr 2000 etwa um rund zwei Prozent reduziert. Dies entspricht einer Reduktion von 60 000 Tonnen Kohlendioxid. Eine beachtliche Menge. Das eigentliche Ziel, das sich die Schweiz gesetzt hat, ist aber rund fünfmal grösser. Es gibt also noch viel zu tun. Und es braucht weiterhin ein Zusammenspiel von verschiedensten Massnahmen, um die Ziele der Klimapolitik zu erreichen.

Prinzip des Emissionshandels





Im Gespräch mit Hans-Peter Fricker

Hans-Peter Fricker (59), Dr. phil. I, ist seit 2004 CEO von WWF Schweiz. Fricker war nach Tätigkeiten als Gymnasiallehrer und Dozent Mitglied der Geschäftsleitung von Schweizer Radio DRS, u. a. als Leiter des Kulturprogramms DRS2. Vor seinem Wechsel zum WWF Schweiz führte er die Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft. Hans-Peter Fricker arbeitete zudem als Mitglied der FDP im Zürcher Verfassungsrat mit.

Der WWF will die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur im Einklang leben. Können Sie dieses hehre Ziel auch in der derzeitigen Finanzkrise mit Nachdruck verfolgen?

Zum Glück, ja – bisher spüren wir konkret nichts von der Finanzkrise. Das ist natürlich sehr angenehm: Hoffen wir, dass es so bleibt!

Der WWF finanziert sich vor allem aus Spendengeldern. Können Sie auf Ersparnis zurückgreifen, wenn die Spendengelder zurückgehen oder müssen Abstriche bei den Mitarbeitern oder den Projekten gemacht werden?

Die Umweltschutzprojekte des WWF auf der ganzen Welt funktionieren nur dank langfristiger Aufbauarbeit so gut – es wäre deshalb fahrlässig, ohne finanzielle Reserven zu arbeiten. Deshalb haben wir in den guten Jahren verschiedene Fonds gebildet, die es uns ermöglichen, allfällige Ertragsrückgänge auszugleichen. Zur Not könnte der WWF Schweiz mehr als ein halbes Jahr ohne einen Franken Einnahmen weiterarbeiten. Damit ist der Erfolg unserer Projekte auch langfristig gesichert.

Der WWF Schweiz konnte 2008 mit rund 40 Millionen Schweizer Franken Jahreseinnahmen arbeiten. Was haben Sie damit bewegt?

Viel! Was wir wo erreicht haben, können Sie in unserem Leistungsbericht nachlesen, der auf unserer Website zu finden ist (wwwf.ch/erfolge). Dennoch haben wir unsere ambitionierten Ziele teilweise verfehlt: Der WWF will den Biodiversitätsverlust stoppen, den Ressourcenverbrauch in nachhaltige Bahnen lenken und die Menschen für mehr Umweltschutz sensibilisieren. Bei den ersten beiden Zielen

gibt es zwar schöne Erfolge – etwa riesige neue Schutzgebiete im Amazonas – aber weltweit gesehen ist die Bilanz leider noch immer negativ. Trotzdem: Wir lassen uns nicht entmutigen und kämpfen weiter! Besser sieht es bei der Sensibilisierung der Bevölkerung aus: Das Umweltbewusstsein wächst wieder, der Klimawandel und seine Folgen haben vielen Menschen die Augen geöffnet. Das gibt uns neue Chancen, unsere Ziele zu erreichen.

Der WWF wurde 1961 in der Schweiz als Organisation zum Schutz für die bedrohte Flora und Fauna gegründet. Heute ist der WWF eine global tätige Umweltschutzorganisation mit Büros in 100 Ländern. Welchen Einfluss hat der WWF Schweiz auf die internationalen WWF-Tätigkeiten?

Der WWF Schweiz gehört ertragsmässig zu den zehn grössten nationalen Organisationen innerhalb des WWF-Netzwerkes. Deshalb hat unsere Stimme viel Gewicht, und Mitarbeitende des WWF Schweiz arbeiten in verschiedenen Gremien des WWF International mit. Natürlich reden wir vor allem dort mit, wo Schweizer Gelder direkt in Projekte des WWF-Netzwerkes fliessen.

In der WWF Climate Group engagieren sich zehn grosse Schweizer Unternehmen für mehr Klimaschutz. Müssen solche Initiativen nicht auch für KMU zugänglich sein, dem Kern der Schweizer Wirtschaft?

Der WWF versucht, mit seiner Arbeit möglichst viele Menschen zu erreichen. Da liegt die Zusammenarbeit mit grossen Unternehmen nahe, denn dort ist der Hebel am grössten: Als Mitglieder der WWF Climate Group müssen sich die Firmen ja verpflichten, substanzielle Massnahmen zur

Reduktion des CO₂-Ausstosses zu treffen und ihren Kunden klimafreundliche Produkte anzubieten. In der Climate Group gibt es aber auch mittelgrosse Unternehmen wie die Schweizer Jugendherbergen oder den Wärmepumpen-Hersteller KWT. Zudem pflegt der WWF einen regen Austausch mit den Branchenverbänden und kommt auf diesem Weg in Kontakt mit den KMU.

Der WWF Schweiz engagiert sich in der Allianz gegen ein neues Kernkraftwerk. Haben Sie keine Bedenken, mit explizit politischen Initiativen Sympathien oder Mitstreiter aus der Wirtschaft zu verlieren?

Der WWF ist nicht zuletzt wegen seiner Glaubwürdigkeit ein interessanter Partner für die Wirtschaft. Diese Glaubwürdigkeit gefährden wir, wenn wir von unserem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung abrücken. Und Kernkraftwerke sind nun mal nicht nachhaltig: weder wirtschaftlich, ökologisch noch gesellschaftlich. Wir sagen aber nicht einfach Nein zu neuen AKW, wir zeigen auch, wie eine sichere Stromversorgung ohne Atomkraft funktionieren kann.

Als Mitinitiant des bewährten Ökostrom-Gütesiegels naturemade star setzt sich der WWF Schweiz schon längere Zeit für Energieeffizienz und erneuerbare Energien ein. Wie beurteilen Sie das Zukunftspotenzial der erneuerbaren Energien in der Schweiz?

Das technische Potenzial ist enorm. Die Umweltverbände haben untersucht, wie viel davon sich mit vertretbarem wirtschaftlichem Aufwand und mit strengen ökologischen Kriterien nutzen lässt. Fazit: Bei effizienter Anwendung braucht es keine neuen Grosskraftwerke. Das sagt übrigens auch der Bund. Erneuerbar heisst allerdings nicht immer ökologisch. Darum gibt es naturemade star. Das Label garantiert, dass die Stromproduktion auch die Anliegen des Gewässerschutzes respektiert. Wir müssen den Konsumenten künftig noch deutlicher machen, dass sie beim Stromkauf genauso wählerisch sein sollen wie bei Lebensmitteln. Dort empfehlen wir Bioprodukte, das Pendant beim Strom heisst naturemade star.

Mehr Infos: wwwf.ch

Tag der Sonne

Am 16. Mai ist Tag der Sonne in Winterthur. Besuchen Sie zwischen 10 und 16 Uhr den Solarmarkt auf dem Platz vor der Stadtkirche in der Altstadt.

Impressum

Erscheint halbjährlich und geht an die Kundinnen und Kunden von Ökostrom und Klimafonds
Redaktion: Swisspower | Text: textpunkt.ch
Gestaltung: Process – Partner für Design, Zürich
Druck: 100% Recyclingpapier

Absender

Stadtwerk Winterthur
Postfach, 8402 Winterthur
Telefon 052 267 61 61, Fax 052 267 61 33